



LSVD Niedersachsen-Bremen e.V. | Postfach 32 32 | 49022 Osnabrück

Niedersächsischer Landtag  
Landtagsverwaltung  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

Osnabrück, 21.12.2015

**Stellungnahme zur Änderung des Niedersächsischen Mediengesetzes  
Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen – Drs.17/4540**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie uns Gelegenheit geben, zu dem Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen.

Der Gesetzesentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Mediengesetzes sieht vor, dass der Lesbian- und Schwulenverband Niedersachsen-Bremen einen Sitz in der Versammlung der Landesmedienanstalt erhalten soll. Das begrüßen wir sehr.

Nach den in § 14 NMedienG formulierten Programmgrundsätzen müssen die Programme zum Schutz von Minderheiten beitragen. „Sendungen, die Menschen diskriminierend oder verachtend darstellen, sind unzulässig.“ Die Landesmedienanstalt muss bei der Zulassung von und bei der Aufsicht über die privaten Rundfunkveranstalter, Telemedien- und Plattformanbieter dafür sorgen, dass diese Programmgrundsätze nicht verletzt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 25.03.2014 (BVerfGE 136, 9) zum Fernsehrat des ZDF angemahnt, dass dort die veränderte Zivilgesellschaft abgebildet werden muss. Es müssen Personen mit möglichst unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen Bereichen des Gemeinwesens in die Aufsichtsgremien einbezogen werden. Daraufhin haben sich die Bundesländer darauf verständigt, dass erstmals in der Geschichte der öffentlich-rechtlichen Medien Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) Sitz und Stimme im ZDF-F Fernsehrat erhalten. Diesem Beispiel ist das Saarland mit seinem Mediengesetz gefolgt. Wir freuen uns, dass Niedersachsen bei der Landesmedienanstalt nun ebenso verfahren will.

Die heutige gesellschaftliche Vielfalt muss sich in den Gremien aller öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Medienanstalten abbilden. Sie müssen den vom Bundesverfassungsgericht formulierten Grundsätzen entsprechen. Wir bitten deshalb darum, dass das Land Niedersachsen seinen Einfluss geltend macht, damit auch in den entsprechenden Gremien des Norddeutschen Rundfunks und der ARD genauso verfahren wird.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Rottmann  
Vorsitzender